

„Der Ball liegt bei der Polizeizone“



Grenz Echo - 27 Jan. 2018
Pagina 8

Eupen Sicherheitsbedenken, Stromprobleme, räumliche Enge: Die an der Herbesthaler Straße angesiedelten Eupener Polizisten sind um ihre Arbeitsbedingungen nicht zu beneiden. Nachdem die Gewerkschaften zu Wochenbeginn Alarm schlugen, versprechen die politischen Akteure, den seit Jahren angestrebten Neubau für die Dienste entschiedener vorantreiben zu wollen.

Als „absolut unhaltbar für eine moderne Polizei“ stuft Kattrin Jadin (PFF/MR) die Situation an der Herbesthaler Straße ein. Auf Einladung der Gewerkschaften machte sich die ostbelgische Föderalabgeordnete am vergangenen Montag ein eigenes Bild vor Ort.

Wie aber konnte es überhaupt soweit kommen? Kattrin Jadin sieht den jahrelangen Stillstand in diesem Dossier vor allem in der Uneinigkeit der involvierten Akteure begründet: „Will man eine separate Lösung für die föderale und die lokale Polizei in Eupen finden oder doch ein gemeinsames Bauprojekt angehen? Diese Frage stand seit jeher im Raum, ohne dass eine Antwort hierauf gegeben wurde.“

„Wir müssen bauen, egal wie. Wir müssen jetzt Dampf machen“, sagt Raerens Bürgermeister Hans-Dieter Laschet.

Gleichwohl hätten die Mitglieder des Polizeikollegiums der Zone Weser-Göhl - also die Bürgermeister der vier DG-Nordgemeinden - ihr gegenüber jüngst signalisiert, dass die Tendenz hin zu einer gemeinsamen Lösung mit der föderalen Ebene gehe. „Für mich war das eine neue Aussage - und sie ist durchaus positiv zu bewerten. Vielleicht kommt man jetzt dann auch endlich mal in die Gänge“, so Kattrin Jadin. Sie werde jedenfalls so schnell wie möglich Kontakt mit Innenminister Jan Jambon (N-VA) aufnehmen und ihm deutlich machen, dass in Sachen Polizeineubau in Eupen nun eine gemeinsame Lösung angestrebt werde. „Das hilft den Polizisten vor Ort zwar bis auf Weiteres wenig, aber es erhöht den Druck, damit man endlich aktiv wird“, betont die Föderalabgeordnete. Für sie steht fest: „Gar nichts zu unternehmen, ist keine Option. Denn es ist in dieser Angelegenheit nicht erst fünf vor zwölf, sondern bereits zwei nach zwölf.“

Dass der Bau eines neuen Gebäudes für die Eupener Polizei keinen weiteren Aufschub duldet, diese Position vertritt auch Raerens Bürgermeister Hans-Dieter Laschet (PFF). „Wir müssen bauen, egal wie. Wir müssen jetzt Dampf machen“, wird er deutlich. Und fügt hinzu: „Es geht nur zusammen.“ Damit meint Laschet, dass die Zone Weser-Göhl bei diesem Infrastrukturvorhaben den Föderalstaat mit ins nehmen Boot sollte. Gespräche mit Vertretern der zuständigen Gebäuderegie seien bereits terminiert, sodass man hofft, im Frühjahr bereits klarer zu sehen. Laut seinen Angaben würden sich die Kosten für ein modernes Polizeigebäude in Eupen auf zehn bis zwölf Millionen Euro belaufen. Eine Summe, die von den vier betroffenen Kommunen Eupen, Lontzen, Raeren und Kelmis nicht alleine gestemmt werden kann. „Da brauchen wir uns nichts vorzumachen. Es wird nur über ein PPP-Projekt laufen - nicht zuletzt aufgrund der anstehenden SEC-Normen“, so das Mitglied des Polizeikollegiums.

Während in den anderen Landesteilen auch die Gemeinschaften in die Finanzierung solcher Großprojekte eingebunden sind, ist das in Ostbelgien bislang kein Thema. Zwar erlaubt das Infrastrukturdekret grundsätzlich, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft den beiden Polizeizonen diesbezüglich unter die Arme greifen könnte, „bisher hat die Regierung solche Zuschüsse jedoch in der Praxis ausgeschlossen, da die Polizeizonen über finanzielle Reserven verfügen mussten, die zur Finanzierung von Bauvorhaben vorgesehen waren“, erklärt die zuständige Aufsichtsministerin Isabelle Weykmans (PFF) auf GrenzEcho-Nachfrage. Gleichwohl sei man bereit, Gespräche zu führen, „die zu einem positiven Gelingen dieses Dossiers beitragen können“, so die Ministerin. Aktuell sei jedoch vonseiten der zuständigen Akteure noch kein Termin angefragt worden. Deshalb betont Isabelle Weykmans: „Der Ball liegt nun bei den Verantwortlichen der Polizeizone.“

Karl-Heinz Klinkenberg, Vorsitzender des Polizeikollegiums, erwartet jetzt eine klare Positionierung von föderaler Seite.

Einen Ball, den der Vorsitzende des Polizeikollegiums Weser-Göhl, Karl-Heinz Klinkenberg (PFF), gerne aufnehmen will. „In jede Tür, die sich auch nur einen Spalt weit öffnet, sind wir bereit, einen Fuß hineinzustellen, um die Sache voranzubringen“, räumt Eupens Bürgermeister ein. Dabei erwartet er vor allem von der Obrigkeit der föderalen Polizei, dass sie sich „mal ganz klar äußert“. Beim letzten Treffen vor einem Jahr „haben wir uns gegenseitig angeschaut“, viel herumgekommen sei dabei aber nicht. „Aber jetzt ist die Situation so, dass wir endlich eine Lösung brauchen. Wir dürfen nicht mehr lange zögern“, fordert er. Mit seinen drei Bürgermeisterkollegen habe er sich mittlerweile auf eine gemeinsame Linie geeinigt, diese soll bei der kommenden Sitzung des Polizeikollegiums auch schriftlich festgehalten werden. Anschließend muss der nächste Schritt mit den Vertretern der Gebäuderegie, die für die Infrastrukturvorhaben der föderalen Polizei zuständig ist, gegangen werden.

Festlegen auf einen konkreten Zeitplan will sich Karl-Heinz Klinkenberg jedoch nicht. Auch er weiß, welche lange Vorlaufzeit ein öffentliches Bauprojekt dieser Größenordnung in der Regel hat. „Man muss sich da nur die Historie des Eupener Justizgebäudes anschauen. Darüber wurde bereits nachgedacht, als meine Frau und ich noch gar nicht verheiratet waren“, so der 65-Jährige.

Gleichwohl ist das nunmehr angestrebte Gemeinschaftsprojekt von lokaler und föderaler Polizei keine Liebesheirat, sondern in erster Linie eine Vernunftsehe, wie auch das Eupener Gemeindeoberhaupt betont: „Durch diese Konstellation wird es uns sicherlich möglich sein, Synergien zu schaffen und Kosten zu sparen. Denn wenn wir ehrlich sind, dann ist es einfach so, dass die Gemeinden kein Geld haben.“

Allerdings sind die bislang angedachten - und zum Teil auch schon wieder verworfenen - Standorte, wie das ehemalige ZAWM-Gebäude am Limburger Weg sowie der Zonensitz am Lascheter Weg - unter diesen Umständen keine Option mehr. Schließlich gingen die Machbarkeitsstudien, die in der jüngeren Vergangenheit in Auftrag gegeben wurden, immer von der Idee aus, dass die Polizeizone alleine baut. Vollkommen bei Null müsse man bei der Suche nach einem Standort, der sowohl die lokalen als auch die föderalen

Polizeidienste in Eupen beherbergen könnte, jedoch nicht anfangen, versichert Karl-Heinz Klinkenberg. „Ich habe da schon zwei denkbare Standorte im Blick“, sagt er.

Von Martin Klever

Copyright © 2017 Grenz Echo. Alle rechten vorbehalten